

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 490 Anfrage Pfäffli Andrea und Mit. über Jugendkriminalität im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Andrea Pfäffli ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Andrea Pfäffli: Dieses Wochenende konnten wir in den Medien mitverfolgen, dass das Jugenddorf Knutwil sein 100-jähriges Bestehen feiert. Seit einem Jahrhundert werden dort zivil- und strafrechtliche Massnahmen für stark verhaltensauffällige männliche Jugendliche und junge Erwachsene umgesetzt. Es ist richtig und wichtig, dass es im Kanton Luzern solche Institutionen gibt. Gleichzeitig zeigt uns diese Arbeit auf, was es bedeutet, wenn junge Menschen aus der Bahn geraten und wie entscheidend es ist, alles daran zu setzen, dass es gar nicht erst so weit kommt. Genau um diese Frage geht es. Wie können wir verhindern, dass es überhaupt so weit kommt? Die SP dankt dem Regierungsrat für die differenzierte Beantwortung der Anfrage. Die Antwort zeigt klar: Die Jugendkriminalität nimmt zu, im Kanton Luzern wie auch schweizweit. Allein 2024 wurden bei der Luzerner Jugendanwaltschaft 1947 registriert. Das ist ein Plus von 7 Prozent. Auch die Ursachen der Jugendkriminalität benennt der Regierungsrat klar: Psychische Belastungen, fragile familiäre Strukturen, früherer Mischkonsum und Überforderung im digitalen Raum. Also keine isolierten Phänomene, sondern komplexe Entwicklungen und Ausdruck von gesellschaftlichen Veränderungen. Genau deshalb müssen wir differenziert hinschauen und dürfen uns nicht mit einfachen Antworten zufrieden geben. In der politischen Debatte hören wir leider schnell vereinfachte Ursachenanalysen und den Ruf nach härteren Massnahmen. Das greift aus Sicht der SP zu kurz. Der Staat muss zwar handlungsfähig sein, aber wer die Antwort primär in mehr Repression sieht, der bekämpft keine Ursachen. Auch die Antwort der Regierung zeigt einen anderen Weg. Sie setzt auf Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendanwaltschaft, Schulen und Sozialarbeit und nennt Prävention, Früherkennung und Vernetzung als entscheidende Hebel. Genau dort liegt der zentrale Punkt: Jugendkriminalität ist kein reines Polizei- oder Justizthema. Wer erst reagiert, wenn Straftaten begangen wurden, der kommt zu spät. Die Stärkung von Jugendlichen muss deshalb früh ansetzen und muss als gesamtgesellschaftliche Verantwortung verstanden werden. Der Regierungsrat unterstreicht diese Stossrichtung, auch mit einem geplanten departementsübergreifenden Grundlagenbericht. Entscheidend wird sein, dass dieser Bericht nicht in einer Schublade verschwindet, sondern zu konkreten Massnahmen mit ausreichenden Ressourcen führt. Die SP wird diese Entwicklung entsprechend beobachten.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Der Regierungsrat nimmt die Anliegen der Anfrage sehr ernst. Jugendkriminalität ist ein Thema, mit dem wir uns vertieft auseinandersetzen müssen. Vor kurzem ist der Jahresbericht 2025 der Staatsanwaltschaft erschienen. Die Jugenddelikte sind 2025 im Gegensatz zu 2024 leicht zurückgegangen, nämlich um 6 Prozent, aber daraus lässt sich kein Abwärtstrend ableiten. Im Vordergrund stehen weiterhin Vermögensdelikte und Delikte gegen das Strassenverkehrsgesetz. Zudem haben Körperverletzungen und Tötlichkeiten zugenommen. Was sich zudem zeigt: Die Fälle sind oft von komplexen sozialen Problemlagen geprägt und erfordern aufwendige Abklärungen sowie individuell ausgestaltete Massnahmen. Wir merken das bei der Jugendanwaltschaft: Die Jugendmassnahmen haben 2025 zugenommen. Auch finanziell mussten wir mehr Mittel einsetzen. Dabei ist Jugendkriminalität nicht nur eine Frage von Zahlen und Delikten. Sie ist ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. Sie zeigt, wo junge Menschen überfordert sind und wo Orientierung oder die notwendige Unterstützung fehlen. Ein solches Umfeld für Jugendliche zu schaffen, ist nicht allein Aufgabe von Polizei und Justiz, sondern eine gemeinsame Verantwortung der gesamten Gesellschaft. Dazu gehört auch, und das ist der Regierung wichtig, konsequent auf frühzeitige Prävention zu setzen. Prävention wirkt nicht nur nachhaltiger als Kontrolle und Sanktionen, sie ist langfristig auch wirksamer und kosteneffizienter. Der Kanton Luzern verfügt bereits heute über einige Gefässe, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben: Die Fachstelle Jugendprävention bei der Luzerner Polizei, die 2026 um zwei Stellen erweitert wurde. Die enge Zusammenarbeit mit Schulen, Gemeinden und Sozialdiensten sowie die departementsübergreifende Gruppe zur Gewaltprävention. Diese Strukturen ermöglichen ein frühes Erkennen von Problemlagen und ein koordiniertes Handeln. Im Umgang mit straffälligen Jugendlichen setzen wir auf differenzierte und wirksame Massnahmen. Soziale Integration und die Vermeidung von Rückfällen stehen im Vordergrund. Bei der Jugendanwaltschaft arbeiten Jugendanwältinnen und -anwälte sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter im Tandem. Bei der Polizei haben wir die Fachgruppe «Allgemeine Kriminalpolizei/Jugend», die mit verschiedenen Partnern zusammenarbeitet. Innerhalb der Sicherheitspolizei haben wir die sogenannten «Jugendverantwortlichen», die in den Regionen aktiv sind, auch in Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft. Der Regierungsrat ist überzeugt: Wer Jugendliche heute stärkt und frühzeitig unterstützt, investiert in den gesellschaftlichen Zusammenhalt von morgen.